

## Ein besseres Steuersystem

Was soll geschehen? Diese Frage stellen die SN in den nächsten Tagen führenden Experten des Landes. Heute: Die Finanzrechtlerin Sabine Kirchmayr über dringend notwendige Reformen. Warum wir keine Vermögenssteuern brauchen. Was es mit dem "Mausefalleneffekt" auf sich hat. Wie man die Wirtschaft ankurbeln könnte. Und warum man sich Sorgen um die Pensionen machen sollte.

**SN:** *Wenn Sie das ideale Steuersystem entwerfen könnten: Wie würde es aussehen?*

**Sabine Kirchmayr:** Steuern sind kein Selbstzweck, sondern sie sollen den Staatshaushalt finanzieren. Daher sollte man, ehe man sich den Kopf über das ideale Steuersystem zerbricht, wissen, wie hoch der Finanzbedarf ist. Die Aufgaben bestimmen die Ausgaben und daraus leiten sich der Finanzbedarf und die Gesamtabgabenquote ab. Mit einer niedrigen Abgabenquote lässt sich ein einfaches, von den meisten Steuerpflichtigen akzeptiertes Steuersystem schnell zimmern. Es wird aber umso schwieriger, je höher die Abgabenquote ist.

**SN:** *Die ist bei uns ja sehr hoch.*

Genau. Und das ist ein zentrales Problem. Bei der Abgabenquote liegt Österreich sehr nahe an den nordischen Ländern. Wir Steuerzahler kriegen aber nicht das Gleiche dafür. Das sieht man allein schon bei der Bildung.

**SN:** *Wie könnte man eine steuerliche Entlastung schaffen?*

Das geht in erster Linie nur mit Einsparungen und Effizienzsteigerungen im öffentlichen Bereich. Das ist unsere wesentlichste Aufgabe und da drücken wir uns seit Jahrzehnten herum. Wir haben in Österreich primär ein Ausgabenproblem und weniger ein Einnahmenproblem.

**SN:** *Sparen ist offenbar kein Allheilmittel. Gibt es Bereiche, die man höher besteuern sollte?*

Bei unserer hohen Abgabenquote würde ich nicht primär über neue Steuern nachdenken. Aber natürlich wäre eine Erbschaftsteuer denkbar, die es in vielen Ländern gibt und letztendlich auch ein Steuersystem abrundet. Eine vernünftige Erbschaftsteuer muss eine breite Bemessungsgrundlage und einen niedrigen Steuersatz haben und natürlich Unternehmensübergaben ermöglichen. Wenn diese Faktoren berücksichtigt werden, sollte man allerdings keine übertriebenen Hoffnungen in Bezug auf das Aufkommen haben. Ein fiskalisch interessanter Einmaleffekt wäre es, wenn man die Privatstiftungen - gegen eine Einmalzahlung - aus dem "Mausefalleneffekt" herauslässt.

**SN:** *Wie bitte?*

Die meisten Stiftungen sind vor dem 1. August 2008, also vor dem Auslaufen der Erbschaftsteuer, gegründet und mit Kapital ausgestattet worden. Im Anwendungsbereich des alten Erbschaftsteuerregimes war für Privatstiftungen eine relativ günstige Eingangsbesteuerung vorgesehen. Im Gegenzug wurden und werden Zuwendungen aus dem Vermögen der Privatstiftung der Kapitalertragsteuer unterworfen. Diese beträgt derzeit 27,5 Prozent. Die Kapitalertragsteuer auf die Zuwendung der Vermögenssubstanz ist der Mausefalleneffekt. Dieser Effekt bedeutet oftmals, dass die Rechtsform der Privatstiftung auch dann fortgeführt wird, wenn diese Organisationsform für die Betroffenen eigentlich nicht mehr passt.

**SN:** *Und wie wäre der Ausweg aus der Mausefalle?*

Man könnte anstelle der zukünftigen Kapitalertragsbesteuerung auf die Vermögenssubstanz, die auch in zehn oder 20 Jahren oder später schlagend werden kann, bei der Auflösung einer Privatstiftung einen Einmalbetrag zwischen fünf und zehn Prozent des Vermögens einheben. Ich glaube, dass einige Stiftungen gern davon Gebrauch machen würden und so komplexe Eigentümerstrukturen gerade von Familienunternehmen vereinfacht werden können. Das Vermögen würde wieder mobiler und der Fiskus könnte einmalig Kasse machen, anstatt auf das Zuschlagen des Mausefalleneffekts zu warten, das irgendwann stattfinden kann.

**SN:** *Die SPÖ fordert Vermögensteuern. Ist das ein sinnvoller Ansatz?*

Die Vermögensteuer ist - konzeptuell - eine Besteuerung von hypothetischen, das heißt möglichen Erträgen aus Vermögen. Eine Vermögensteuer braucht es nicht, wenn man die tatsächlichen Erträge, die laufenden Erträge und die Wertzuwächse, umfassend in der Einkommensteuer erfasst. Diese umfassende Besteuerung in der Einkommensteuer gibt es schon. Und daher gibt es keinen Raum mehr für Vermögensteuern. Man kann diskutieren, die Kapitalertragsteuer, die jetzt bei 27,5 Prozent liegt, auf 30 Prozent anzuheben. Diese 30 Prozent gelten ja schon bei der Besteuerung von Vermögenszuwächsen in Immobilien.

**SN:** *Bei der Körperschaftsteuer findet quer durch Europa ein Wettlauf nach unten statt. Soll auch Österreich die Körperschaftsteuer senken?*

Als Österreich 2004 die Körperschaftsteuer auf 25 Prozent abgesenkt hat, waren wir damit im europäischen Vergleich im unteren Drittel. Inzwischen sind wir im oberen Drittel. Der Körperschaftsteuersatz ist Teil einer Standortpolitik, die aus vielen Faktoren besteht. Man sollte aber meines Erachtens zuerst an anderen Rädchen drehen und nicht mit der Körperschaftsteuer anfangen. Da gibt es viele Dinge, die wichtiger sind für den Standort Österreich, etwa eine umfassende Entbürokratisierung.

**SN:** *Was halten Sie von der Idee der Regierung, die kalte Progression abzuschaffen?*

Es wäre ein sinnvoller Schritt, wenn man ihn sich leisten könnte. Meines Erachtens ist die Abschaffung der kalten Progression unter den derzeitigen Rahmenbedingungen nicht zweckmäßig. Man sollte nicht - als eine Art "Vorwahlkampfmaßnahme" - eine Steuerentlastung beschließen, die erst in Zukunft wirkt und um deren Gegenfinanzierung sich die neue Regierung nach den nächsten Wahlen kümmern muss. Außerdem würde die Abschaffung der kalten Progression auch den Spielraum für mögliche zukünftige Steuerreformen beseitigen; diese mit der kalten Progression verbundene "Grundflexibilität", die Steuerstrukturreformen erleichtert, würde auch mitaufgegeben werden. Es gibt also dringendere Aufgaben.

**SN:** *Welche?*

Am dringendsten sind Maßnahmen zur Ankurbelung der Konjunktur. Da sich die positiven Konjunkturreffekte aus der Steuerreform gerade wieder verlaufen, braucht man hier Verstärker. Von den beschlossenen Maßnahmen, die nach dem Windhundprinzip verteilt werden, bin ich nicht begeistert. Denn wenn die Töpfe leer sind, gibt es keine Investitionsprämien für investierende Unternehmen. Dadurch wird die Investitionsprämie aber oftmals nicht kalkulierbar. Sie wird daher einfach mitgenommen, anstatt bei der Investitionsentscheidung mitberücksichtigt zu werden. Der Investitionsanreiz wird dadurch verwässert. Und natürlich ist auch die Senkung der Lohnnebenkosten dringend. Es muss leistbarer sein, Dienstnehmer zu beschäftigen und ordentlich zu entlohnen.

**SN:** *Was ist im Pensionsbereich zu tun?*

Vor allem sollten die steuerlichen Rahmenbedingungen für die zweite und dritte Pensionssäule dringend überdacht werden. Diese sind sehr ungerecht. Wenn ein Arbeitgeber eine Pensionszusage macht oder für Arbeitnehmer über eine Pensionskasse vorsorgt, wird für die Pension steuerfrei angespart: brutto für netto. Wenn der Arbeitgeber nicht vorsorgt, und das betrifft etwa 75 Prozent der Arbeitnehmer sowie sämtliche selbstständige Unternehmer, dann kann nur mit versteuertem Einkommen vorgesorgt werden. Man müsste also das System der privaten Pensionsvorsorge dringend - schon aus Gerechtigkeitsüberlegungen - anpassen und eine "brutto für netto"-Ansparmöglichkeit für alle Österreicher eröffnen. Damit würde man auch die Österreicher motivieren, stärker auch selbst für die Pension anzusparen. Denn die erste Säule, das staatliche Pensionssystem, kracht wohl an allen Ecken und Enden.

**SN:** *Der Sozialminister sagt aber, dass die Pensionen sicher sind.*

Der Internationale Währungsfonds hat jüngst wieder auf unsere im internationalen Vergleich hohen Pensionsausgaben und großzügigen Pensionsregelungen, Stichwort Pensionsantrittsalter, hingewiesen. Unser Pensionssystem wird immer wieder von Externen hinterfragt, die die langfristige, vernünftige Finanzierbarkeit kritisch betrachten. Die derzeitige Regierung sieht hier keinen akuten Reformbedarf. Ich bin mir aber nicht sicher, dass bei den Pensionen mittelfristig wirklich alles im Griff ist. Die Reformen, die hier heute versäumt werden, lassen sich später nicht so einfach nachholen.

**SN:** *Sie glauben also nicht an die Versicherungen aus der Politik?*

Denken Sie an den Kärntner Finanzskandal. Dieser hat uns Steuerzahler doch eines gelehrt: Politiker können sich - egal wie groß das finanzielle Desaster ist - auf die Verkettung unglücklicher Umstände, Uninformiertheit, Unzuständigkeit, also eigentlich auf alles berufen, ohne dass es irgendwelche Konsequenzen gibt. Ich würde mir wünschen, dass die fast gleiche Politikergeneration, wenn es um die politisch heiklen Pensionen geht, verantwortungsbewusster und ehrlicher agiert. Und sich nicht auf Gutachten beruft, die sie selbst in Auftrag gegeben hat, um politisch opportune Aussagen zu treffen. Was passiert denn, wenn sich herausstellt, dass diese doch nicht stimmen?